

II— **260** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Zl. 10.001/55 - Parl/75

Wien, am 13. Feber 1976

88 /AB

1976 -02- 16

zu 81 /J

An die
ParlamentsdirektionParlament
1017 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 81/J-NR/1975, betreffend Erweiterung der Ausbildungsplätze für Zahnärzte an den Universitäts-Zahnkliniken Innsbruck, Wien und Graz, die die Abgeordneten HEINZ und Genossen am 18. Dezember 1975 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1) An den Universitäts-Zahnkliniken Innsbruck, Wien und Graz stehen derzeit 200 Ausbildungsplätze für Zahnärzte zur Verfügung; davon 30 in Innsbruck, 130 in Wien und 40 in Graz.

ad 2) An "Vorarlberger Jungärzten" werden derzeit an den Universitäts-Zahnkliniken ausgebildet: in Innsbruck drei und in Graz einer; für die Aufnahme in den zahnärztlichen Lehrgang sind derzeit 13 Vorarlberger vorgemerkt, d.h. sie sind für dieses oder nächstes Semester vorgemerkt.

ad 3) Anlässlich einer Besprechung am 19. November 1975 im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, an der die Vertreter der Universitäts-Zahnkliniken von Wien, Graz und Innsbruck, die Vertreter der Ärztekammer und die Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz sowie Wissenschaft

- 2 -

und Forschung wurde die Frage des Ausbaues der Zahnärztausbildung in Österreich eingehend erörtert.

Übereinstimmend wurde festgehalten, daß die bestehenden Universitäts-Zahnkliniken wie folgt auszubauen sind:

Wien: Ausbau um weitere 15 Zahnbehandler-Stühle, was mindestens 30 zusätzliche Zahnarztausbildungsplätze bedeutet.

Innsbruck: Ausbau um weitere 10 Zahnbehandler-Stühle, was mindestens 20 zusätzliche Ausbildungsplätze bedeutet.

Graz: Ausbau um ca. 10 weitere Zahnbehandler-Stühle, was gleichfalls eine zusätzliche Ausbildungskapazität um 20 Ausbildungsplätze bedeutet.

Damit würden in der geplanten Endausbauphase mindestens ca. 110 Zahnarzt-Stühle zur Verfügung stehen, was mindestens ca. 220 Ausbildungsplätze bedeuten würde. Mit diesen Maßnahmen würden aber genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen - sowohl hinsichtlich des Nachholbedarfes, als auch des laufenden Ausbildungsbedarfes.

